

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Kühn (Dresden),
Sven-Christian Kindler, Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/8084 –**

Beraterverträge des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

Vorbemerkung der Fragesteller

Zur Vorbereitung der Einführung der Infrastrukturabgabe, zur Begleitung der juristischen Auseinandersetzungen im Zuge der beiden Maut-Schiedsverfahren bei Toll Collect, zur technischen Weiterentwicklung des Lkw-Maut-Systems, zur Analyse der Wirtschaftlichkeit der erneuten Privatisierung von Toll Collect und für Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften im Zuge der Gründung der Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (IGA): Für alle diese Projekte und Prozesse hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in den letzten Jahren externe Berater mit einem Gesamtauftragsvolumen von mehreren 100 Mio. Euro engagiert (vgl. Ausschussdrucksache des Haushaltsausschusses 19(8)1418).

Trotz dessen führte das BMVI in den letzten fünf Jahren keine interne Wirtschaftsprüfung durch (vgl. Antwort des BMVI zu den Fragen 12 bis 14 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsdrucksache 19/6627). Eine lediglich jährliche Information des Haushaltsausschusses über die Zahlungen der Bundesregierung an externe Berater reicht vor diesem Hintergrund nach Ansicht der Fragesteller nicht aus, um für ausreichende Transparenz des Regierungshandelns zu sorgen und dem Deutschen Bundestag ausreichend Möglichkeiten zur Kontrolle zu geben.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Im Rahmen der Beantwortung der Kleinen Anfrage sind für das Jahr 2019 noch keine Angaben möglich. In Anlehnung an die Berichterstattung an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wurden Verträge mit einem Auftragsvolumen von unter 50 000 Euro nicht berücksichtigt.

1. Welche Verträge mit externen Beratungsunternehmen sowie Einzelberaterinnen und Einzelberatern von Toll Collect hat der Bund vor dem 1. September 2018 verlängert (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 33 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/4750), nach welcher Maßgabe wurden die entsprechenden Verträge verlängert und in welchem Umfang (bitte Leistungsbeschreibung, Vergabezeitpunkte, Laufzeiten und Auftragsvolumina tabellarisch darstellen)?

Die Bundesregierung hat keine Verträge mit externen Dritten für Leistungen zur Unterstützung der Toll Collect GmbH.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 33 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/4750 und auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/6627 verwiesen.

2. Welche Rahmenvertragsvereinbarungen hat das BMVI seit 2013 für externe Beratungs- und Unterstützungsleistungen in welchem Umfang und mit welchen Vertragspartnern abgeschlossen (bitte Leistungsbeschreibung, Vergabezeitpunkte, Laufzeiten und Auftragsvolumina und Vertragspartner tabellarisch darstellen – vgl. Ausschussdrucksache des Haushaltsausschusses 19(8)1418)?

Leistungsbeschreibung	Vergabezeitpunkte / Laufzeit	Auftragsvolumen in T €	Vertragspartner
Projektmanagement Digitales Bauen	03/2017-09/2019	1.108	Nennung nicht erlaubt
Unterstützungs- und Beratungsleistungen sowie Übersetzungs- und Dolmetschertätigkeiten für das BMVI im Rahmen der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit	01/2013-12/2016	410	HanWang Project Management GmbH
Unterstützungs- und Beratungsleistungen sowie Übersetzungs- und Dolmetschertätigkeiten für das BMVI im Rahmen der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit	01/2017-12/2019	392	HanWang Project Management GmbH
Beratungs- und Unterstützungsleistungen für das BMVI zu maritimen Kommunikations- und Navigationssystemen	04/2018-12/2020	90	DLR e. V. Institut für Kommunikation und Navigation, Neustrelitz
Ingenieurtechnische Umsetzung von ÖPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau	05/2017-vsl. 2021 (projekt-abhängig)	982	Schüßler-Plan Ingenieurgesellschaft mbH
Rechtliche Umsetzung von ÖPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau	04/2017-vsl. 2021 (projekt-abhängig)	2.770	Norton Rose Fulbright LLP
Reform der Bundesfernstraßenverwaltung	12/2017-12/2020	16.240	Nennung nicht erlaubt
Reform der Bundesfernstraßenverwaltung	12/2017-12/2020	1.921	BearingPoint GmbH
Reform der Bundesfernstraßenverwaltung	12/2017-12/2020	3.845	Beiten Burkhardt Rechtsanwalts-gesellschaft mbH
Reform der Bundesfernstraßenverwaltung	12/2017-12/2020	2.050	Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

3. Welche externen Beraterverträge und Unterstützungsleistungen hat die Bundesregierung seit 2013 als sogenannte In-House-Geschäfte vergeben (bitte Leistungsbeschreibung, Vergabezeitpunkte, Laufzeiten und Auftragsvolumina tabellarisch darstellen – vgl. Ausschussdrucksache des Haushaltsausschusses 19(8)1418), und um welche In-House-Gesellschaft bzw. -Beratung handelte es sich dabei jeweils?

Leistungsbeschreibung	Vergabezeitpunkt/ Laufzeit	Auftragsvolumen in T €	In-house Gesellschaft
Audiovisuelle Darstellung der Lärmschutzmaßnahmen an der Dresdner Bahn in Berlin-Lichtenrade	01/2016	209	DB Netz AG, Frankfurt a. M.
Projektmanagement Pkw-Maut	01/2018 – 12/2020	5.484	Partnerschaften Deutschland – Berater der öffentlichen Hand GmbH

4. Welche externen Beraterverträge und Unterstützungsleistungen hat die Bundesregierung im Bereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur seit 2013 in einem Verhandlungsverfahren mit bzw. ohne Teilnahmewettbewerb vergeben (bitte Leistungsbeschreibung, Vergabezeitpunkte, Laufzeiten und Auftragsvolumina tabellarisch darstellen – vgl. Ausschussdrucksache des Haushaltsausschusses 19(8)1418)?

Leistungsbeschreibung	Vergabezeitpunkt/ Laufzeit	Auftragsvolumen in T €
Wegekostengutachten 2018-2022	08/2016 – 12/2022	785
Unterstützungsleistungen ZIS	01/2013 – 01/2014	512
Verminderung von Treibhausgasemissionen in der Seeschifffahrt	07/2013 – 12/2016	378
Verminderung von Treibhausgasemissionen in der Seeschifffahrt	01/2017 – 12/2019	378
Juristische Beratung Wegekostengutachten	10/2016 – 12/2017	198
Juristische Beratung Wegekostengutachten	10/2015 – 5/2019	16.065
Beratung bei Modernisierung WS 2	11/2017 – 03/2018	69
Beratung bei Modernisierung WS 2	09/2018 – 09/2019	192
Betriebswirtschaftliche Beratung Lkw-Maut	03/2016 – 12/2019	9.877
Untersuchung und Vorschlag eines angemessenen Eigenmittel-Anteils der EIU aufgrund § 10 BSWAG bei der Finanzierung von Bedarfsplanvorhaben Schiene	01/2016 – 04/2018	407
Juristische Beratung Vergaberecht Lkw-Maut	01/2014 – 12/2014	53
Juristische Beratung Vergaberecht Lkw-Maut	01/2015 – 12/2015	91
Rechtliche Begleitung/Beratung des BMVI bei der Umsetzung von ÖPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau	04/2017 – 04/2021	2.770
Unterstützung des BMVI bei der Durchführung der Personalgewinnung für die Geschäftsführung der Zentrale der Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen	03/2018 – 02/2019	256
Juristische Beratung Lkw-Maut	01/2014 – 12/2015	1.038
Wettbewerbsneutrale Schifffahrtsgebühren	06/2016 – 06/2018	235
Juristische Beratung Lkw-Maut	03/2016 – 12/2019	11.900
Betriebswirtschaftliche und technische Beratung Pkw-Maut	10/2015 – 05/2019	17.973
Beratende Begleitung der Tarifverhandlungen im Rahmen der Reform der Bundesfernstraßenverwaltung im Bereich Verhandlungsstrategie	07/2018 – 04/2019	83
Beratende Begleitung der Tarifverhandlungen im Rahmen der Reform der Bundesfernstraßenverwaltung im Bereich Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst, Tarifvertragsrecht	07/2018 – 04/2019	155
Technische Beratung Lkw-Maut	11/2015 – 12/2019	4.653
Ingenieurtechnische Begleitung/Beratung des BMVI bei der Umsetzung von ÖPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau	04/2017 – 04/2021	982
Unterstützungs- und Beratungsleistungen bei der Qualitätssicherung im Projektmanagement Lkw-Maut	09/2013 – 12/2014	1.600

5. Welche externen Beraterverträge und Unterstützungsleistungen hat die Bundesregierung im Bereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur seit 2013 nicht in Verhandlungsverfahren mit bzw. ohne Teilnahmewettbewerb oder als „In-House-Geschäfte“, sondern in einem offenen Verfahren vergeben (bitte Leistungsbeschreibung, Vergabezeitpunkte, Laufzeiten und Auftragsvolumina tabellarisch darstellen – vgl. Ausschussdrucksache des Haushaltsausschusses 19(8)1418)?

Leistungsbeschreibung	Vergabezeitpunkt/ Laufzeit	Auftragsvolumen in T €
Untersuchung und Bewertung einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft für den Bundesfernstraßenbereich nach dem Vorbild des dänischen Staatsgarantiemodells	09/2015 – 09/2017	165
Beratung bei der Erstellung eines Positionspapiers zur IT-Konsolidierung Bund	02/2016 – 12/2016	250
Projektunterstützung i-Kfz	12/2014 – 02/2020	5.261
Beratende Begleitung des Transformationsprozesses im Rahmen der Reform der Bundesfernstraßenverwaltung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik	12/2017 – 12/2020	1.921
Beratende Begleitung des Transformationsprozesses im Rahmen der Reform der Bundesfernstraßenverwaltung in den Bereichen Recht, Organisation und Personal	12/2017 – 12/2020	3.845
Ergänzung Musterbeispiele des Tunnelbaus für die Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen	Termine der Leistungserbringung werden zw. AG und AN abgestimmt	173
Optimierung der Anhörungs-verfahren im Planfeststellungsverfahren für den Bau neuer oder die Änderung bestehender Betriebsanlagen der Eisenbahnen des Bundes	12/2016 – 10/2018	273
Beratungsaufgaben im Bereich der Schifffahrt 2015 bis 2018	01/2015 – 12/2018	564
Beratende Begleitung des Transformationsprozesses im Rahmen der Reform der Bundesfernstraßenverwaltung in den Bereichen Verwaltung, Sachmittel und Betriebswirtschaft	12/2017 – 12/2020	2.050
Beratungsaufgaben im Bereich der Schifffahrt 2019 bis 2022	01/2019 – 12/2022	564
Unterstützungs- und Beratungsleistungen sowie Übersetzungs- und Dolmetschertätigkeiten für das BMVI im Rahmen der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit	01/2013 – 12/2016	410
Unterstützungs- und Beratungsleistungen sowie Übersetzungs- und Dolmetschertätigkeiten für das BMVI im Rahmen der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit	01/2017 – 12/2019	392
Einführung kooperativer Systeme auf Bundesautobahnen	11/2013 – 11/2017	573
Einführung kooperativer Systeme auf Bundesautobahnen	03/2017 – 08/2020	649
Prüfung der von den Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes erstellten Wirtschaftlichkeitsrechnungen für ausgewählte Teilprojekte von Bedarfsplanvorhaben	08/2018 – lfd.	150

Leistungsbeschreibung	Vergabezeitpunkt/ Laufzeit	Auftragsvolumen in T €
Machbarkeitsstudie zum Projekt Zukunft Bahn (ETCS/NeuPro)	07/2017 – 12/2018	3.053
Ergänzung eines Anhangs mit Konstruktions- und Bemessungshinweisen für Stahl- und Stahlverbundbrückenkonstruktionen der Richtlinien für den Entwurf, die konstruktive Ausbildung und Ausstattung von Ingenieurbauten	Termine der Leistungserbringung werden zw. AG und AN abgestimmt	157
Erstellung eines Gutachtens sowie Beratungsleistungen zu Grundsatzfragen der Anwendung der Zinsstrukturkurve zur Diskontierung bei Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für ÖPP im Bundesfernstraßenbau	09/2013 – 09/2014	52
Erfassung von Kontroll- und Wartungstätigkeiten im Rahmen der Streckenwartung/Streckenkontrolle auf klassifizierten Straßen	06/2017 – 05/2018	56
Erfassung der Aufgaben der Operatoren in Verkehrs- und Tunnelleitzentralen	07/2015 – 12/2017	86
Projektsteuerung für den Transformationsprozess im Rahmen der Reform der Bundesfernstraßenverwaltung	12/2017 – 12/2020	16.240
Projektmanagement Digitales Bauen	03/2017 – 09/2019	1.108

6. Welches sind die, gemessen an der Gesamtauftragssumme, summarisch zehn größten Auftragnehmer, die in den Jahren 2013 bis 2019 durch das Bundesverkehrsministerium für Beratungs- und Unterstützungsleistungen beauftragt wurden, und welche Vergütungssummen erhielten sie jeweils (bitte jahresscheibengenau angeben)?

Mit der Bitte um gleichzeitige Nennung der Namen der Mittelempfänger und der Höhe der ausgereichten Mittel üben die Fragesteller ihr Frage- und Informationsrecht aus, welches Verfassungsrang genießt. Diesem Informationsanspruch stehen Grundrechte Dritter gegenüber, hier mit Blick auf die Namensnennung bei gleichzeitiger Nennung der Höhe der Mittel insbesondere das durch Artikel 12 GG geschützte Recht auf Wahrung von Geschäftsgeheimnissen. Widerspricht der Auftragnehmer der Nennung seines Namens und der Höhe der ausgereichten Mittel und sind diese bislang auch nicht öffentlich bekannt, würde eine Übermittlung der entsprechenden Informationen in die vorbezeichneten Grundrechte eingreifen. Ein solcher Grundrechtseingriff ist nur dann zulässig, wenn er in überwiegendem Allgemeininteresse erfolgt und mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar ist. Hierzu sind das parlamentarische Informationsinteresse und das grundrechtlich geschützte Geheimhaltungsinteresse der Dritten gegeneinander abzuwägen und im Wege der praktischen Konkordanz in Ausgleich zu bringen. Im Rahmen dieser Abwägung ist unter Beachtung aller Umstände des Einzelfalls insbesondere zu prüfen, ob eine eingestufte Übermittlung der Informationen an die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages in Betracht kommt, die Antwort also nicht veröffentlicht, sondern ausschließlich dem entsprechend ermächtigten Personenkreis zugänglich gemacht wird. Im Ergebnis dieser Abwägung ist

daher die Antwort überwiegend in Form einer Anlage als Verschlussache mit dem VS-Grad „VS – Vertraulich“ eingestuft und wird an die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages übermittelt.*

7. Aus welchem Grund führte das Bundesverkehrsministerium, obwohl es in den letzten fünf Jahren Millionen Euro an externe Berater vergab, seit 2013 keine internen Wirtschaftsprüfungen durch (vgl. Antwort zu den Fragen 12 bis 14 auf Bundestagsdrucksache 19/6627), und inwiefern identifiziert die Bundesregierung, trotz dessen sie keiner rechtlichen Verpflichtung zur Durchführung interner Wirtschaftsprüfungen unterliegt, eine Notwendigkeit, die Zahlungsströme an externe Berater im Abstand von zwei oder drei Jahren systematisch zu prüfen?

Jede Rechnung der Berater wird gemäß den Vorschriften des Haushaltsrechts vor Anweisung der Zahlung auf sachliche und rechnerische Richtigkeit geprüft.

8. Wurde bei allen Vergaben für externe Beratungs- und/oder Unterstützungsleistungen des Bundesverkehrsministeriums seit 2013 eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt, und wenn nein, warum jeweils nicht (bitte für alle Fälle, in denen keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt wurde, Auftragsvolumina, Leistungsbeschreibung, Vergabezeitpunkt, Zeitrahmen und jeweils die Begründung für die nicht durchgeführte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung tabellarisch auflisten und alle Fälle bzw. Beraterverträge zu Pkw-Maut, Lkw-Maut und Toll Collect sowie weiteren Beraterverträgen zuordnen)?
9. In welchen Fällen hat das Bundesverkehrsministerium seit 2013 im Zuge der Vergabe von externen Beratungs- und/oder Unterstützungsleistungen eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt, und welche Ergebnisse erbrachten diese Wirtschaftlichkeitsprüfungen jeweils (bitte detailliert die Einzelfälle, Auftragsvolumina, Leistungsbeschreibung, Vergabezeitpunkt, Zeitrahmen und Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung auflisten und alle Fälle bzw. Beraterverträge zu Pkw-Maut, Lkw-Maut und Toll Collect sowie weiteren Beraterverträgen zuordnen)?
12. Auf Grundlage welcher Dienstvorschrift werden im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie seinen nachgeordneten Behörden externe Beratungs- und Unterstützungsleistungen in Anspruch genommen, wann wurde diese Dienstvorschrift erlassen, wie oft und wann genau wurde sie seit Erlass überarbeitet, welches sind ihre wesentlichen Inhalte und die konkreten Voraussetzungen für den zulässigen Einsatz externer Beratungs- und Unterstützungsleistungen, wann plant die Bundesregierung diese Dienstvorschrift zu evaluieren, und welchen Überarbeitungsbedarf hat die Bundesregierung für die ggf. erneute Anpassung der Dienstvorschrift bisher identifiziert?

* Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat die Antwort als „VS – Vertraulich“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

15. Wie genau prüft das Bundesverkehrsministerium die Notwendigkeit des Bedarfs einer externen Beratungs- und Unterstützungsleistung vor der Ausschreibung derselben, welche Abteilungen sind hieran beteiligt, inwiefern stimmt sich das Bundesverkehrsministerium hierbei mit anderen Bundesressorts ab, und wie umfangreich erfolgt diese Prüfung?

Die Fragen 8, 9, 12 und 15 werden aufgrund Ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 6 bis 8 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/7783 verwiesen.

10. In welchen Fällen hat das Bundesverkehrsministerium seit 2013 nach der Vergabe von externen Beratungs- und/oder Unterstützungsleistungen eine Evaluation im Sinne der Überprüfung der Wirksamkeit und Zielerreichung der Beauftragung von externen Beratern durchgeführt, und welche Ergebnisse erbrachten diese Prüfungen jeweils (bitte detailliert die Einzelfälle, Auftragsvolumina, Leistungsbeschreibung, Vergabezeitpunkt, Zeitrahmen und Prüfungsumfang sowie Ergebnisse der Evaluation auflisten und alle Fälle bzw. Beraterverträge zu Pkw-Maut, Lkw-Maut und Toll Collect sowie weiteren Beraterverträgen zuordnen)?

Eine Evaluation im Sinne der Wirksamkeit und Zielerreichung wird kontinuierlich und projektbegleitend durchgeführt, d. h. die Leistungen müssen dem Stand der Wissenschaft und Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den aktuellen rechtlichen Bestimmungen entsprechen.

11. Plant die Bundesregierung, den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages regelmäßig (z. B. einmal im Quartal) über ausgeschriebene Beratungs- und Unterstützungsleistungen und erfolgte Vergaben entsprechender Leistungen des Bundesverkehrsministeriums und seiner nachgeordneten Behörden sowie bei staatlichen Unternehmen wie z. B. Toll Collect zu informieren, und wenn ja, in welchem zeitlichen Abstand, und in welcher Form, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung informiert jährlich den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über alle Beraterverträge mit einem Volumen oberhalb 50 000 Euro. Eine darüber hinausgehende Information weiterer Ausschüsse ist nicht vorgesehen.

13. Warum verfügt das Bundesverkehrsministerium nicht über ausreichend hochqualifiziertes Personal, um die Aufgabenerfüllung der exekutiven Prozesse bei Lkw-Maut, Pkw-Maut und Tarifverhandlungen entsprechend der politischen Zielstellungen durchzuführen – und das, obwohl die entsprechenden Aufgaben und Prozesse seit 2003 (Lkw-Maut) und 2013 (Pkw-Maut) klar definiert wurden?

Bei der Lkw-Maut, der Pkw-Maut und der Tarifverhandlungen handelt es sich um Vorgänge, die in der Konzeptionierung und Einführung besondere personelle Kapazitäten erfordern. Dafür ist im BMVI hoch qualifiziertes Personal mit entsprechenden Erfahrungen vorhanden, das insbesondere die Verwaltungssicht abbildet. Für begrenzte Zeiträume und teilweise sehr flexibel ist in den genannten Projekten zusätzliches Personal erforderlich, das über besondere Qualifikationen aus der Wirtschaftssicht verfügen muss.

14. Plant das Bundesverkehrsministerium als Abhilfe für das benötigte Personal mit „besonderen Qualifikationen“ (vgl. Bericht des BMVI vom 15. Januar 2019, Ausschussdrucksache 19(15)168), über das es derzeit nicht verfügt, eine Personaloffensive zum Aufbau entsprechender Fachexpertise und der notwendigen Kapazitäten im eigenen Hause, und wenn nein, warum sollen entsprechende Kapazitäten nicht im BMVI aufgebaut werden, und wenn ja, in welchem Umfang plant das BMVI in den kommenden Jahren die entsprechenden Kapazitäten aufzubauen?

Bei der Einstellung von neuem Personal und der Fortbildung von vorhandenem Personal setzt das BMVI auf breit einsetzbares qualifiziertes Personal. Es wird aber immer Fragestellungen geben, zu deren Lösungen externer Sachverstand erforderlich und sinnvoll ist (z. B. Spezialwissen für besondere rechtliche Fragestellungen, die nur einmalig benötigt werden).

16. Wie oft hat das Bundesverkehrsministerium seit 2013 die Notwendigkeit des Bedarfs einer externen Beratungs- und Unterstützungsleistung vor der Ausschreibung derselben, mit anderen Ressorts der Bundesregierung dahingehend abgestimmt, ob und inwiefern dort personelle Ressourcen für die Projekte des BMVI genutzt werden können (bitte die Fälle tabellarisch auflisten und hierbei Auftragsvolumina, Leistungsbeschreibung und Zeitrahmen der Prüfung darstellen)?

Vor Ausschreibung wurden, sofern dies fachlich geboten war, Ressortabstimmungen inhaltlicher Art durchgeführt. Aufgrund des Ressortprinzips wurden zur Kapazitätsplanung keine Ressortabfragen durchgeführt.

17. Inwiefern hat das Bundesverkehrsministerium seit 2013 die Prozesse und Kriterien für die Prüfung der Notwendigkeit bzw. des Bedarfs, der Wirtschaftlichkeit und der Rechnungs- sowie Wirtschaftsprüfung in Bezug auf die Vergabe und Beauftragung von externen Beratungs- und Unterstützungsleistungen verändert, plant das Bundesverkehrsministerium Veränderungen an diesen Prozessen und Kriterien für 2019 und 2020, und wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?

Seit 2013 erfolgte weder eine Änderung der Prozesse und Kriterien für die Prüfung der Notwendigkeit bzw. des Bedarfs, der Wirtschaftlichkeit und der Rechnungs- sowie Wirtschaftsprüfung in Bezug auf die Vergabe und Beauftragung von externen Beratungs- und Unterstützungsleistungen, noch plant das BMVI Veränderungen an diesen Prozessen und Kriterien für die Jahre 2019 und 2020.

18. In welchen Fällen eingeleiteter Vergabeverfahren von externen Beratungs- und Unterstützungsleistungen durch das Bundesverkehrsministerium und seine nachgeordneten Behörden wurde die Vergabe seit 2013 gestoppt bzw. abgebrochen, in welchen Fällen wurde sie ohne Zuschlagserteilung beendet, in welchen Fällen wurden durch an den Vergabeverfahren beteiligte Bieter gegen den Stopp bzw. Abbruch der Vergabe rechtliche Schritte eingeleitet (bitte jeden Fall einzeln, differenziert nach konkretem Vergabeverfahren, Zeitpunkt der Bekanntmachung der Vergabe und Zeitpunkt des Abbruchs des Vergabeverfahrens, beteiligten Abteilungen bzw. Behörden, ausgeschriebenem Vertragsvolumen sowie angestrebtem Leistungszeitraum auflisten)?

Vergabeverfahren	Zeitpunkt der Bekanntmachung der Vergabe	Zeitpunkt des Abbruchs	Beteiligte Abt. / Behörden	Vertragsvolumen in T €	Angestrebter Leistungszeitraum
Sicherheitsbewertung (FSA) Brandschutz auf RoRo-/Ro-Pax-Schiffe	07/2014	10/2014	Abt. Schifffahrt	17	11/2014 – 12/2014
Entwicklung Lärmkartierungssystem inkl. Beratungs- und Unterstützungsleistungen	06/2012	07/2013	EBA	4.880	Es wurde kein Zuschlag erteilt

19. Gab es seit 2013 Ausgleichs- und Entschädigungszahlungen, die das Bundesverkehrsministerium und seine nachgelagerten Behörden aufgrund von Vergaberechtsabbrüchen oder Beendigung von Vergabeverfahren mit und ohne Zuschlagserteilung an beteiligte Bieter zahlen mussten, und wenn ja, wie hoch waren diese (bitte jahresscheibengenau aufschlüsseln, nach Ausgleichszahlungen nach Vergabeverfahren mit Zuschlagserteilung und Ausgleichszahlungen infolge von beendeten Vergabeverfahren ohne Zuschlagserteilung differenzieren und dem BMVI, den entsprechenden Behörden sowie konkreten Vergabeverfahren zuordnen)?

Hierzu liegen keine Informationen vor.

